

August Pradetto

Panzer, Kampfjets und Raketen?

Über die roten Linien im Ukrainekrieg

Es war durchaus ein Coup, als der Bundeskanzler sich Mitte Januar nach langem Zögern zur Lieferung von Leopardpanzern bereit erklärte – unter der Bedingung, dass auch Abrams-Panzer von den USA geliefert würden. Ob die zugesagten modernen Panzer allerdings tatsächlich das richtige Mittel zum richtigen Zeitpunkt sind, hängt entscheidend von der Strategie ab, in welche sie eingebunden werden. Wenn sie dazu dienen, einen weiteren Vormarsch der russischen Truppen aufzuhalten und die Stellungen der Ukrainer zu befestigen, also zur Verteidigungsfähigkeit der Ukraine beitragen und das Kriegsgeschehen nicht weiter eskalieren lassen, dann erfüllen sie zweifellos eine positive Funktion. Sie werden dem Krieg aber nicht eine entscheidende Wende geben.

Fest steht aber auch, dass die russische Armee schon lange versucht, durch Heranführung zusätzlichen Materials ihre Ausgangsposition für weitere militärische Auseinandersetzungen zu verbessern. Nach US-Schätzungen vom März 2022, also kurz nach Beginn des Krieges, verfügt die russische Armee insgesamt über mehr als 12 000 einsatzbereite Panzer. Auch in allen anderen Bereichen ist Moskau militärisch massiv überlegen.

Bei der dagegen erforderlichen Verteidigung können die westlichen Panzer der Ukraine durchaus dienlich sein. In einer anderen strategischen Ausrichtung könnten sie allerdings auch in die Eskalation führen. Im „verbundenen Gefecht“ mit modernen Kampfflugzeugen und Raketen können sie dann dazu dienen, die von Russland okkupierten „Volksrepubliken“ Luhansk und Donezk, aber auch die Krim anzugreifen. Genau dies ist die von der politischen und militärischen Führung in Kiew deklarierte Absicht.

Die militärische Logik, die dieser Strategie folgt, bedeutet auch ein Ausgreifen der ukrainischen Militäraktionen auf russisches Gebiet – also auf Infrastruktur und Stützpunkte jenseits der ukrainischen Grenze –, um den Nachschub für die

russischen Streitkräfte zu neutralisieren. Wären die ukrainischen Streitkräfte damit erfolgreich, wäre eine Eskalation zu erwarten, weil die russische Führung diese Gebiete, insbesondere die Krim, nicht aufzugeben bereit ist. Hier liegt der Kern des Konflikts und der daraus resultierenden Eskalationsgefahr: Aus ukrainischer Sicht handelt es sich dabei um die völkerrechtlich legitime Verteidigung des eigenen Staatsgebietes, aus russischer Sicht um einen Angriff auf das Staatsgebiet der Russischen Föderation.

Die Frage, welcher Art die westlichen Waffenlieferungen sein sollen, ist also nicht nur unter dem Aspekt der völkerrechtlich und moralisch eindeutigen Legitimität vollständiger Souveränität und Integrität der Ukraine zu beantworten. In jede Entscheidung ist die Abwägung einer möglichen oder gar wahrscheinlichen Eskalation einzubeziehen. Es nützt wenig, darauf zu verweisen, dass Moskau den Krieg begonnen hat und es ja gar keine Eskalation gäbe, wenn sich die russischen Truppen zurückzögen. Die machtpolitische und militärische Realität ist leider eine andere. Angesichts dieser komplexen Lage gehen im Westen die Meinungen darüber, wie weiter verfahren werden soll, durchaus auseinander. Bei den osteuropäischen Nato-Mitgliedern überwiegt die Bereitschaft, die ukrainische Strategie der Wiedergewinnung ihrer seit 2014 verlorenen Gebiete zu unterstützen und weitreichende Mittel einzusetzen, um die ukrainische Armee dazu in die Lage zu versetzen. Diese Festlegung basiert erstens auf der Vorstellung, dass die militärisch potenten Länder der Nato, allen voran die USA, dafür die Mittel bereitstellen können und auch sollen. Zweitens beruht die Eskalationsbereitschaft auf der Überzeugung, dass die US-Garantie für die kleineren Länder, die an Russland grenzen, ihnen auch in Zukunft Schutz bieten wird. Und drittens gründet sie auf der Hoffnung, dass die Ukraine die „Eskalationsdominanz“ erlangen kann und Russland dann zurückweichen muss. Genährt wird diese Erwartung durch den gescheiterten Versuch der russischen Armee, die gesamte Ukraine unter ihre Kontrolle zu bringen, und durch die partielle Rückeroberung von bei der ersten russi-

schen Offensive besetzten Gebiete. In den meisten westlichen Nato-Ländern überwiegt dagegen die Ansicht, man müsse eine derartige Eskalationsspirale, die den Krieg auf russisches Gebiet ausweitet, unbedingt vermeiden. Die Risiken seien eindeutig zu groß. Daher die klare Absage des US-Präsidenten und des deutschen Bundeskanzlers, nach den bewilligten Kampfpanzern auch noch Kampfjets zur Verfügung zu stellen.

Die „rote Linie“

Selbst bei massiver Aufrüstung ist die russische Armee von den ukrainischen Streitkräften nicht zu besiegen. Auch wenn der Verteidiger mit Blick auf Motivation, Kenntnis des Kriegsschauplatzes und Unterstützung der Bevölkerung immer einen gewissen Vorteil gegenüber dem Angreifer aufweist: Einen Sieg über Russland könnte es nur geben, wenn die Nato ihre eigene, den russischen Streitkräften zweifellos überlegene, konventionelle militärische Macht einsetzt. Die Strategie der ukrainischen Führung zielte daher von Kriegsbeginn an auf eine solche Nato-Beteiligung ab. Genau dies wird bisher aber übereinstimmend von der Nato abgelehnt und zu vermeiden gesucht. Denn in einem solchen Fall wäre ein Nuklearkrieg nicht mehr auszuschließen – mit nicht nur für Europa unabsehbaren Folgen. Die in der öffentlichen Debatte vertretene Position einer Unterstützung der Ukraine „bis zum Sieg“ bzw. bis zur „vollständigen Wiederherstellung der Souveränität und der territorialen Integrität der Ukraine“ geht also schlicht an der Realität vorbei.

Wann ist die Zeit für Verhandlungen gekommen?

Umso mehr drängt sich die Frage auf, ob jetzt nicht die Zeit für Verhandlungen gekommen ist. Ein für Diplomatie positiver Faktor ist, dass die Ukraine den Beweis erbracht hat, dass sie mit westlicher Unterstützung den russischen Streitkräften widerstehen kann und bereit ist, dies auch weiter zu tun. Die Nato hat demonstriert, dass sie willens und in der Lage ist, die Ukraine bei der Abwehr der russischen Aggression weiterhin auf vielfältigste Weise zu unterstützen. Die russischen Streitkräfte wiederum haben gezeigt, dass sie keineswegs geschlagen sind, auch wenn sie gegenwärtig in dem schmalen Streifen in der Ost- und Südostukraine festsetzen. Angesichts dieser Pattsituation tut sich hypothetisch ein Zeitfenster für Verhandlungen auf – das

freilich nur dann real wird, wenn ein Waffenstillstand und Verhandlungen von Washington und Kiew wie von Moskau besser bewertet werden als andere Optionen. Die entscheidende Frage ist also, was der Anreiz für die Parteien sein könnte, sich an den Verhandlungstisch zu begeben.

Der wichtigste Anreiz wäre die Einsicht auf allen Seiten, dass die Fortsetzung des Krieges eher schadet als nützt. Mit anderen Worten: Erst wenn alle Seiten statt von ihrem Sieg von der Sinnlosigkeit und den Nachteilen einer Fortsetzung des Krieges sprechen, erst dann ist der mentale Boden für Verhandlungen bereitet. Davon kann gegenwärtig noch keine Rede sein: Offiziell hält die ukrainische Führung am Ziel der Wiedergewinnung des gesamten Territoriums der Ukraine fest. Und auf russischer Seite werden keine Abstriche vom „Minimalziel“ gemacht, den gesamten Donbass zu annektieren. Mindestens acht Millionen Menschen dürften in den Westen, über zwei Millionen nach Russland und Belarus geflohen sein. Und je länger der Krieg andauert, desto weniger Emigrierte werden in ein zerstörtes Land mit zerstörten Familien zurückkehren. Kurzum: Die Ukraine läuft bei einer Fortsetzung des Krieges in eine ökonomische, infrastrukturelle und auch demografische Katastrophe. Diese Realität muss in Rechnung gestellt werden, wenn man eine Strategie entwirft – und nicht nur das wünschenswerte Recht und Ziel der territorialen Integrität einer Ukraine, die nachher aussieht wie Afghanistan oder Irak.

Aber auch für Russland bedeutet ein anhaltender Abnutzungskrieg enorme Kosten unterschiedlichster Art, ohne dass sich die Erfolgsaussichten substantiell verbessern werden, was die ursprünglichen Kriegsziele angeht. Das gilt schließlich auch für den Westen. Denn auch für diesen steigen mit der Länge des Krieges die Kosten wie auch das ungewollte Eskalationsrisiko.

All das gemahnt an eine der wichtigsten Schlussfolgerungen, die der große deutsche Militärtheoretiker, -historiker und -ethiker Carl von Clausewitz schon vor 200 Jahren aus den Katastrophen der napoleonischen Kriege gezogen hat: „Tue nie den ersten Schritt, ohne den letzten bedacht zu haben.“ Die Missachtung dieses Grundsatzes hat in den vergangenen drei Jahrzehnten zu desaströsen Fehlentscheidungen geführt – und zwar keineswegs nur auf russischer Seite, sondern auch im Westen, vom Afghanistan- über den Irakkrieg, das acht Monate dauernde Bombardement durch Na-

to-Mitglieder in Libyen und das Anheizen des Bürgerkriegs in Syrien – bis hin zum nicht zu Ende gedachten Versuch, die Nato-Osterweiterung auch auf die Ukraine auszudehnen. In all diesen Fällen waren die Kritiker einer angeblichen deutschen „Eskalationsphobie“ oder „Appeasementpolitik“ ganz vorne mit dabei und haben deutsche Regierungen für ihr „Zaudern und Zögern“ angegriffen. Das Scheitern ihrer eigenen Interventions- und Eskalationsstrategie erklärten sie dann stets tautologisch damit, dass noch nicht genug kriegerische Mittel eingesetzt worden seien, um am Ende siegreich zu sein. Dabei wurde in allen diesen Fällen der Mitteleinsatz Jahr für Jahr höher, mit immer kontraproduktiveren Ergebnissen. Ähnliches droht nun im Ukraine Konflikt. Dabei ist die Logik derer, die Verhandlungen ablehnen und für einen möglichst totalen „Sieg“ der Ukraine plädieren, ausgesprochen widersprüchlich. Einerseits sehen sie in Putin – völlig zu Recht – einen skrupellosen, seine eigenen Soldaten verheizenden Diktator, der notfalls vor nichts zurückschreckt. Andererseits bezeichnen sie die Befürchtung als übertrieben, dass eben dieser Putin am Ende auch Atomwaffen einsetzen könnte – und verweisen zur Begründung darauf, dass er auch bisher seine Nukleardrohungen nicht wahrgemacht habe. Dabei braucht man an dieser Stelle gar nicht zu spekulieren. Denn Russland verfügt in Bezug auf seine Nuklearwaffen über die gleiche Strategie wie der Westen: Wenn Abschreckung nicht mehr funktioniert und das eigene Staatsgebiet – oder das, was als eigenes Staatsgebiet deklariert ist – existenziell bedroht ist, werden Nuklearwaffen von einem Droh- und Abschreckungspotenzial, also von politischen Waffen, zu Waffen für den militärischen Einsatz. Genau dafür sind sie schließlich gebaut worden – um sie nämlich einzusetzen, wenn das eigene Staatsgebiet anders nicht mehr verteidigt werden kann. Deshalb behält sich jeder Atomstaat, ob Russland oder die USA, das Recht vor, diese Waffen auch dann einzusetzen, wenn ein konventioneller Angriff die nationale Sicherheit existenziell gefährdet.

Geopolitische Fehlkalkulation und das fehlende politische Sensorium

Will man daher aus dieser fatalen Eskalationsspirale, die ganz schnell zur Eskalationsfalle werden kann, herauskommen, müssen endlich Verhandlungs- und Waffenstillstandsmöglichkeiten ausgelotet werden. Das aber erfordert nicht nur auf rus-

sischer, sondern auch auf ukrainischer und westlicher Seite die Einsicht, dass man sich fundamental verkalkuliert hat. Denn faktisch begann die Auseinandersetzung um die Ukraine schon am 26. Dezember 1991, mit der Auflösung der Sowjetunion. Die Eliten des neuen Landes waren unfähig, einen Ausgleich zwischen dem Westen und dem Osten des Landes, zwischen den national-ukrainischen und den sprachlich und kulturell eher russisch geprägten Teilen des Landes zu bewerkstelligen. Der Ruf der Konfliktparteien nach Unterstützung aus dem Ausland, einerseits dem Westen, andererseits Russland, wurde daher schon in den frühen 2000er Jahren immer lauter. Dem folgte die zunehmende Einflussnahme von außen. 2014 kulminierte diese Entwicklung in gewaltsamen Auseinandersetzungen auf dem Maidan, die die Flucht des vormaligen Präsidenten Wiktor Janukowytsch nach Moskau und einen kompletten Regierungswechsel zur Folge hatten. Daraufhin okkupierte Wladimir Putin die Krim und sicherte die Gründung der sogenannten Volksrepubliken durch russland-orientierte Separatisten ab. Mit den Minsker Vereinbarungen versuchten Angela Merkel und François Hollande den Eskalationsprozess aufzuhalten. Doch weder die ukrainische noch die russische Führung, aber auch nicht die Akteure in Washington, London oder Warschau, unterstützten diese Politik. Damit scheiterte, was eine „europäische Lösung“ hätte sein können. Stattdessen bereiteten sich die Konfliktparteien auf den Krieg vor. 2018 beschloss das ukrainische Parlament, den neutralen Status des Landes durch das Ziel eines Nato-Beitritts zu ersetzen und dies auch in der ukrainischen Verfassung zu fixieren. Nachdem Wolodymyr Selenskyj 2019 zum Präsidenten gewählt worden war, bauten Washington und Kiew ihre militärische Kooperation weiter aus, und nach der Wahlniederlage Donald Trumps und der Inauguration Joe Bidens als neuen US-Präsidenten im Januar 2021 wurde der Rückenwind aus Washington noch erheblich stärker. Russland reagierte darauf mit einem gewaltigen Truppenaufmarsch. Im Januar 2022, als dieser schon fast abgeschlossen war, wurde Kiew eingeladen, an der neuen Nato-Strategie mitzuarbeiten.

Dann kam der 24. Februar 2022 und der Beginn von Putins Eroberungskrieg. Dieses Datum steht aber nicht allein für einen Zivilisationsbruch. Es bezeichnet auch das vorläufige Ende der Bemühungen, nach dem Kalten Krieg, in der post-bipolaren Ära, eine europäische Friedensordnung zu etablie-

ren. Durchgesetzt haben sich in der Ukraine, in Russland und in Europa diejenigen, die keine Kompromisse wollten. Die vor allem in den USA und in Polen gehegte Auffassung, man könne die Nato sukzessive 1600 km an die russischen Grenzen bis kurz vor Moskau verschieben und die besonderen historischen Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland negieren, ohne Konsequenzen befürchten zu müssen, entpuppte sich als eine fundamentale Fehlannahme – genau wie die mit der ukrainischen Führung geteilte Sichtweise, man brauche die Moskauer Drohungen und Truppenaufmärsche nicht ernst zu nehmen und dass Putin nur bluffe, um vom Westen als „Partner auf Augenhöhe“ anerkannt zu werden. Gewiss, juristisch betrachtet, hat nur die Ukraine darüber zu entscheiden, ob sie ein militärischer Vorposten der Nato im Osten Europas an der Grenze zu Russland sein will oder nicht. Und formal ist die Position der Nato völlig korrekt, Moskau kein Veto gegen ihre Entscheidungen in Brüssel zuzugestehen. Genau wie 1962 völkerrechtlich die Souveränität der kubanischen Regierung außer Frage stand, sich von der Sowjetunion bewaffnen zu lassen und mit ihr eine enge militärische Kooperation einzugehen. Doch

real- und machtpolitisch wäre es für Havanna Suizid und für die Sowjetunion ein eventuelles nukleares Armageddon gewesen, die Einwände und die nuklearen Drohungen Washingtons nicht ernst zu nehmen. Realpolitisch wäre es daher auch für die ukrainische und die US-Führung klüger gewesen, vom Drängen auf Mitgliedschaft der Ukraine in der Nato Abstand zu nehmen und den Status einer gesicherten Neutralität anzustreben. Ungeheures Leid hätte dadurch vermieden werden können.



August Pradetto

Em. Professor für Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr, Hamburg

(Gekürzte Fassung des gleichnamigen Textes in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/2023, S. 53-60)



Hanna-Jursch-Preise

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) schreibt zum 12. Mal den **Hanna-Jursch-Preis** und zum sechsten Mal den **Hanna-Jursch-Nachwuchspreis** aus.

Die Preise dienen der Auszeichnung und Förderung herausragender wissenschaftlich-theologischer Arbeiten, in denen gender- bzw. geschlechterspezifische Perspektiven eine wesentliche Rolle spielen.

Das Thema der 12. Ausschreibung lautet:

Geschichte(n), Gegenwart und Zukünfte von Körpern

Die Arbeiten sind bis zum 15.2.2024 schriftlich bei der Geschäftsführung einzureichen:

Stabsstelle Chancengerechtigkeit der Evangelischen Kirche in Deutschland
Herrenhäuser Straße 12, 30419 Hannover, Telefon: 0511/2796 - 441
E-Mail: Stabsstelle-Chancengerechtigkeit@ekd.de

Weitere Informationen:

<https://www.ekd.de/preisvergabe-hanna-jursch-preis-25088.htm>

Vorankündigung

Für die 13. Ausschreibung (Einreichungsfrist: Februar 2026) unter dem Titel „Übergänge – Untergänge“ laden wir ein Arbeiten einzureichen, die sich mit kritischen Perspektiven auf Mensch – Natur – Technik beschäftigen.